



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 26.11.2020

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Dienstag, 1. Dezember 2020, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 101 (Großer Festsaal, 1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

**HINWEIS: Es wird dringend empfohlen, während der
gesamten Sitzung einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.**

Tagesordnung I

1. Geschäftsordnungsangelegenheiten
 - 1.1 Tagesordnung
 - 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2020

Bereich Frauen:

2. 20-F-21-0056

Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2020 -

Seit dem 1. Februar 2018 ist das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gewalt sowie häuslicher Gewalt“ („Istanbul-Konvention“) im Rang eines Bundesgesetzes in Kraft. Der Inhalt der Konvention, die auch von Deutschland bereits 2011 in Istanbul unterzeichnet wurde, ist schon lange bekannt; ebenso die Pflichtmaßnahmen für die Kommunen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat bereits im Vorfeld der Unterzeichnung des Vertrages es als ihre Verpflichtung angesehen, Maßnahmen umzusetzen, die im Pflichtkatalog enthalten sind: Frauenhäuser, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, Präventionsmaßnahmen, medizinische Erstversorgung von Gewaltopfern - um nur einige zu nennen. Die Initiative zur Vorbereitung und Umsetzung dieser Maßnahmen gingen oftmals von der Kommunalen Frauenbeauftragten aus, wurden von den frauenpolitischen Sprecherinnen der Kooperation und anderen Fraktionen sowie Fachfrauen und Vereinen begleitet bzw. als Forderungen unterstützt. Aber das reicht nicht aus, um die noch ausstehenden Maßnahmen in Angriff zu nehmen, vorzubereiten und umzusetzen - auch mit Hilfe des Stadtparlaments.

Gemäß Artikel 10 des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gewalt sowie häuslicher Gewalt“ (im Sprachgebrauch: „Istanbul-Konvention“) ist es erforderlich, eine ständige Koordinierungsstelle zur Erhebung von Daten der Gewalt an Frauen* und Mädchen* inkl. häuslicher Gewalt sowie zur finanziellen und personellen Bedarfsanalyse für entsprechende Maßnahmen i. S. d. Istanbul-Konvention.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Sind bereits Gespräche geführt wurden hinsichtlich der Einrichtung einer Koordinierungsstelle?
2. Wenn ja, wer war daran beteiligt? Wie sieht das Ergebnis aus?
3. Sofern eine Koordinierungsstelle geplant ist, soll diese dann m Referat der Kommunalen Frauenbeauftragten angesiedelt werden - was durchaus denkbar wäre aufgrund der bisherigen Vorleistungen?
4. Wie würde die personelle Ausstattung dann aussehen? Die derzeitige Situation im Referat scheint möglicherweise nicht geeignet zu sein, die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen.
5. Wie ist die Situation in vergleichbar großen Städten in Hessen - insbesondere hinsichtlich der Einrichtung der Koordinierungsstelle sowie der personellen und räumlichen Ausstattung?

3. 20-F-20-0024

Geburtsvorbereitungs- und Rückbildungskurse unter Corona-Bedingungen

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2020 -

Nach Aussage von Wiesbadener Hebammen wurden die Präsenz-Geburtsvorbereitungskurse aus Gründen des Corona-Infektionsschutzes seitens des Wiesbadener Gesundheitsamtes im Rahmen des aktuellen „Lockdown light“ untersagt.

Geburtsvorbereitungskurse sind insbesondere für Erstgebärende ein besonders wichtiges Element der Erwachsenenbildung. Zudem liegt für diese Präsenzveranstaltungen ein Hygienekonzept des Deutschen Hebammenverbandes vor.

Nach Informationen des Hessischen Sozialministeriums vom 30. Oktober 2020 können „Angebote, die mit Bildungsangeboten an Volkshochschulen vergleichbar sind sowie Beratungsangebote weiterhin bestehen bleiben.“

Mit der Nichtzulassung der Präsenzkurse wird schwangeren Frauen, die nicht über die Möglichkeit einer digitalen Teilnahme verfügen, diese wichtige Vorsorgemaßnahme für eine sichere Geburt verwehrt.

Dies gilt im Übrigen auch für die Durchführung von Rückbildungskursen im Rahmen der Nachsorge. Die Notwendigkeit liegt darin begründet, dass ohne gezielte Rückbildung mit entsprechenden Übungen mehr oder weniger massive gesundheitliche Beeinträchtigungen eintreten können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Ist es zutreffend, dass die von Hebammen angebotenen Präsenzkurse zur Geburtsvorbereitung sowie Rückbildungskurse in Wiesbaden aus Gründen des Corona-bedingten Infektionsschutzes untersagt wurden?
2. Auf welcher Grundlage ist dieses Verbot erfolgt, insbesondere im Hinblick auf die Information des Hessischen Sozialministeriums, nach der Bildungs- und Beratungsangebote bestehen bleiben können (siehe auch <http://ejkw.de/2020/10/29/aktuelle-covid-19-informationen/>)?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, um Präsenz-Geburtsvorbereitungskurse sowie Rückbildungskurse als wichtiges Bildungs- und Beratungsangebot umgehend zuzulassen?

4. 20-V-01-4015

DL 45/20-2
ANLAGE

Tätigkeitsbericht des Kommunalen Frauenreferates, 2017 - 2019

- Beschluss Nr. 68 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 08.09.2020 -

5. Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

Bereich Wirtschaft:

6. 20-F-05-0081

Sommergastronomie auf dem Mauritiusplatz

- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2020 -

Ende des vergangenen Jahres hat der Magistrat grobe Planungen vorgestellt, die das Ziel hatten, bereits in diesem Sommer den Mauritiusplatz mit einer temporären Gastronomie (vergleichbar zur sogenannten Winterstubb) zu beleben. Die Corona-Pandemie hat diese Planungen durchkreuzt. Stattdessen sollte das Konzept 2021 an den Start gehen. Nach Kritik durch den Ortsbeirat Mitte und verschiedene Stakeholder verkündete der Magistrat, dass auch eine Verschiebung in das Jahr 2022 möglich sei.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Zum aktuellen Sachstand bezüglich der Sommergestronomie zu berichten, insbesondere ob eine Realisierung in 2021 noch realistisch erscheint.
2. bei der Konzeption zwingend die Forderungen des Ortsbeirates zu berücksichtigen, insbesondere zur Freihaltung des Brunnens und der Bänke.
3. Die berechtigten Interessen der anliegenden und durch die Corona-Krise stark in Mitleidenschaft gezogenen Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe, bei der Erstellung des Konzeptes zu berücksichtigen.

7. 20-F-08-0085

Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts für die Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.11.2020 -

In Zeitabständen von jeweils etwa fünf Jahren wird ein Einzelhandelskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden fortgeschrieben. Die Vorstellung des aktuellen Konzepts für das Jahr 2020 steht an.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Das aktualisierte Einzelhandelskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden möge im Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung entsprechend seiner Bedeutung präsentiert werden. Kompetente Vertreter*innen des zuständigen Dezernats, der Fachverwaltung und der Autor*innen sollten bei der Vorstellung und Beratung im Ausschuss zur Präsentation und Beratung anwesend sein.

Ein besonderer Schwerpunkt soll bei der Präsentation - neben der Innenstadt - auch die Versorgungssituation in den Stadtteilen und hier besonders in den historischen Ortskernen der Stadtteile sein sowie die Frage, wie Versorgungsstrukturen auch dort wohnungsnah erhalten bzw. ggfs. wieder entwickelt werden können, so dass die kommunikative und kulturelle Bedeutung der Versorgungsstrukturen gestärkt und gewerbliche Leerstände und „Verödung“ vermieden werden.

8. 20-V-02-8006

DL 50/20-4, 47/20-3

Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2020 für die Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Anlage zur Vorlage wurde an die Ausschussmitglieder und Fraktionen verteilt und kann im Winkosi/PiWi eingesehen werden bzw. liegt bei Amt 16 zur Einsichtnahme bereit.

9. 20-F-13-0007

Mehr Augenmerk auf die Industrie legen!

- Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 23.11.2020 -

Der Magistrat ist nach Jahren des Stillstands beim Thema „Industriestandort Wiesbaden“ wieder aktiv geworden. Schon 2016 war in der „Industriestandortanalyse“ die Frage der Wertschätzung der Industrie durch die Kommunalpolitik formuliert und als unterdurchschnittlich bewertet worden; an anderer Stelle der Analyse wird diese mangelnde Wertschätzung als eine der Schwächen unseres Wirtschaftsstandortes titulierte.

Nach Veröffentlichung der Analyse in 2016 wäre unmittelbares Handeln angezeigt gewesen. Jetzt wird erst nach einer weiteren Umfrage daran gedacht ein „Wiesbadener Industriennetzwerk“ und sogar einen „Industriebeirat“ ins Leben zu rufen.

Das neu gewählte Stadtparlament soll unmittelbar nach Konstituierung in die Lage versetzt werden, sich verstärkt mit industriepolitischen Themen zu beschäftigen und Netzwerke in die Industrie zu knüpfen.

Angesichts dieser schleppenden Bearbeitung dieses für Wiesbaden so wichtigen Thema möge der Ausschuss beschließen:

1. Der Ausschuss begrüßt die Vorarbeiten und sieht darin eine wichtige Datensammlung, um den Industriestandort Wiesbaden in den Fokus zu rücken.
2. Der Magistrat möge berichten, warum die aktuellen Maßnahmen so lange Zeit seit der Umfrage 2016 in Anspruch genommen haben.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, so schnell wie möglich - spätestens bis zum Ende des 1. Quartals des nächsten Jahres - das angedachte Industriennetzwerk sowie den in seinen Augen so notwendigen Beirat einzurichten. Hier sollen alle Bereiche bestehender und potentieller Industriebranchen berücksichtigt werden.

10. 20-F-05-0050

ANLAGE

Nach dem Ende von Karstadt Sports: Langgasse und Fußgängerzone weiterentwickeln

- Antrag der FDP-Fraktion vom 02.09.2020 -

- Beschluss Nr. 63 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 08.09.2020 -

- Antrag der FDP vom 25.11.2020 betr. „Zukunft Langgasse 5-9“:

Es liegt noch kein Bericht des Magistrates vor - es wird um einen aktuellen Sachstandsbericht gebeten.

11. 18-A-56-0002 **ANLAGE**

Veröffentlichung der Steckbriefe auf dein.wiesbaden.de

- Beschluss Nr. 73 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vom 03.11.2020 -
- Steckbrief Masterplan Innenstadt Wiesbaden -

12. 20-F-02-0021 **ANLAGE**

Kostenlos mit Bus und Bahn an den Adventssamstagen in Wiesbaden!

- Antrag der CDU Fraktion vom 02.11.2020 -
- Beschluss Nr. 98 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 03.11.2020 -

13. 20-F-05-0062 **ANLAGE**

Gastronomie und Verwaltung als Partner - Hygiene-Siegel schafft Vertrauen bei Gästen und Planungssicherheit für Gastronomen

- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.10.2020 -
- 1. Beschluss Nr. 89 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 03.11.2020
- 2. Bericht des Dezernates II vom 19.11.2020

Bereich Allgemeines:

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 20-F-05-0051 **ANLAGE**

Verkaufsoffene Sonntage in Wiesbaden - Brief des Magistrats an die Landesregierung

- Antrag der FDP-Fraktion vom 02.09.2020 -
- Bericht des Dezernates II vom 13.10.2020 -

2. 20-F-20-0017 **ANLAGE**

Unterbringung von wohnungslosen (alleinstehenden) Frauen in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2020 -
- Bericht des Dezernates VI vom 20.10.2020 -

3. 20-V-02-8004

DL 45/20-3

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam" - Verlängerung 2021 bis 2023

4. 20-V-01-0015

ANLAGE

Troncmittel für den Bereich Frauen

Tagesordnung III - nicht öffentliche Beratung -

1. 19-V-01-0009

DL 46/20-1 NÖ, 21/19-1 NÖ, 18/19-1 NÖ

City-Passage - Eckpunkte für den Verkauf des Grundstückspaketes an den Best-Bieter

- Bericht des Dezernates I vom 03.11.2020 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende